



Protokoll der 30. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum: 28. Februar 2023
Ort: Bundesamt für Justiz, Bern
Zeit: 10 bis 15 Uhr

Aktenzeichen: 924-3721/13/3

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Theresia Rohr	Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Entschuldigt:	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Susanne Kuster	Bundesamt für Justiz / Stv. Direktorin und Leiterin Direktionsbereich Öffentliches Recht (nur am Vormittag)
	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM / Stv. Kommissionssekretär
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Kommissionssekretariat



1 Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Ebenfalls anwesend sind heute Susanne Kuster (Stv. Direktorin des BJ; Teilnahme an der Sitzung nur am Vormittag) und Aurora Mentele (KV-Lernende beim Fachbereich FSZM). Entschuldigt haben sich Guido Fluri und Laetitia Bernard. Guido Fluri hat jedoch vorgängig schriftlich zu den Fällen Stellung genommen, was verdankt wird.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 22. November 2022 wurde bereits genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 2 ½ Wochen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Susanne Kuster bedankt sich für die Gelegenheit, an der heutigen Kommissionssitzung teilnehmen zu dürfen. Sie stehe zwar immer in engem Austausch mit den Leitenden des Fachbereichs FSZM, trotzdem möchte sie heute wieder einmal persönlich Einblick in die Arbeit der beratenden Kommission nehmen. Die Arbeit in dieser rechtlich, politisch und menschlich sensiblen Thematik sei für das BJ sehr wichtig. Sie danke im Namen des BJ für die Zeit und Sorgfalt, welche von allen Kommissionsmitgliedern im Zusammenhang mit den einzelnen Gesuchen für den Solidaritätsbeitrag aufgewendet werden. Auch die neue Departementschefin, Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, welche seit anfangs Jahr im Amt sei, habe bereits ihr persönliches Interesse an der Thematik signalisiert und der Umgang mit Betroffenen/Opfern und auch die Arbeit der beratenden Kommission seien ihr wichtig. Das BJ werde ca. im Juni 2023 noch Gelegenheit haben, die Departementschefin ausführlicher über die verschiedenen Aufgaben des Fachbereichs FSZM zu informieren und mit ihr zu schauen, wie sie sich in der weiteren Aufarbeitung einbringen kann. In Bezug auf die Arbeit der beratenden Kommission dankt der Präsident auch dem Fachbereich FSZM für die Sitzungsvorbereitungen; ohne diese könnte die Kommission ihre Arbeit nicht machen.

Der Präsident informiert, dass man beim NFP 76 an den Abschlussarbeiten sei. Es würden drei thematische Synthesen zu Teilbereichen entstehen und die Veröffentlichung der Gesamtsynthese sei für das Frühjahr 2024 geplant. Eine Schlussveranstaltung soll im Mai 2024 erfolgen.

Der Präsident erwähnt im Weiteren, dass er in seiner Funktion als Vertreter des Bundes in der Leitungsgruppe des NFP 76 am 29. März 2023 zum jährlichen Informationstreffen für alle interessierten Bundesstellen und weitere Behördenvertreter eingeladen habe.

Reto Brand erwähnt kurz den Bundesratsbeschluss vom 16. Dezember 2022 betreffend Valorisierung der Forschungsergebnisse (mehr dazu unter Traktandum 5). Zudem gebe es beim Fachbereich FSZM infolge einer Kündigung einen Wechsel im Sekretariat. Die Stelle sei ab Juni 2023 wieder besetzt.

Simone Anrig informiert über die Statistik zu den Solidaritätsbeitragsgesuchen (Stand Ende Dezember 2022), welche vom BJ vor kurzem auf seiner Website publiziert wurde¹:

- Von April 2017 bis Ende Dezember 2022 wurden beim BJ insgesamt 10'863 Gesuche eingereicht. Davon konnten 10'273 Gesuche (94.6%) gutgeheissen und entsprechend Solidaritätsbeiträge in der Höhe von total rund 256.8 Mio. Franken zugesprochen werden. 340 Gesuche (3.1%) mussten hingegen abgewiesen werden (z.B. weil keine unmittelbare und ausreichend schwere Beeinträchtigung als Folge einer Massnahme vorlag oder sich die

¹ Siehe www.bj.admin.ch unter Gesellschaft > Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen > Solidaritätsbeitrag (ganz am Schluss der Seite unter «Dokumente»)

geschilderten Erlebnisse erst nach 1981 zugetragen hatten). Bei 50 weiteren Gesuchen war aus verschiedenen Gründen gar keine inhaltliche Prüfung möglich.

- Die grösste Anzahl von Gesuchen stammte von Personen mit Wohnsitz in den Kantonen Bern (20.6%) und Zürich (13.5%). Der Anteil der übrigen Kantone betrug zwischen 6.9 und 0.2%. Aus dem Ausland wurden 5.3% der Gesuche eingereicht.
- 29.4% der Gesuche wurden von Personen mit Jg. 1940-49 gestellt, 27.9% von Personen mit Jg. 1950-59. Die übrigen Personen waren älter (21.2%) bzw. jünger (21.6%).
- Bei den Schilderungen der Opfer standen Fremdplatzierungen im Kindes- und Jugendalter (v.a. als Verding-/Pflegekind oder in Heimen) deutlich im Vordergrund. Andere fürsorgerische Zwangsmassnahmen wurden hingegen eher selten beschrieben.

Simone Anrig informiert im Weiteren über eine erste Nutzungsstatistik der Website des BJ zur Thematik der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981:

- Seitenaufrufe in allen Sprachen von Juli 2020 bis November 2022): rund 6'300 Aufrufe im Jahr 2020 (ab Juli), rund 10'800 Aufrufe im Jahr 2021 und rund 10'300 Aufrufe im Jahr 2022 (bis November). Peaks konnten in der Zeit von November 2020 bis Februar 2021 (Zeitpunkt, als die Frist für die Einreichung von Gesuchen für den Solidaritätsbeitrag aufgehoben wurde) und von August bis November 2022 (Zeitpunkt, als die vollständige Überarbeitung der Website bekannt gemacht wurde) verzeichnet werden.
- Seitenaufrufe nach Sprachen und Subseiten: Die Aufrufe der deutschsprachigen Seiten stehen erwartungsgemäss klar im Vordergrund, gefolgt von den französischsprachigen, englischen und italienischen Seiten. In allen Sprachen erfolgte der Zugang zur Website vor allem via die allgemeine Einstiegsseite «Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen»² oder die Subseite «Solidaritätsbeitrag»³. Aber auch die im August 2022 neu gestalteten Seiten zur «Politischen Aufarbeitung» und «Wissenschaftlichen Aufarbeitung» stiessen auf Interesse.⁴
- Downloads von Dokumenten: In allen Sprachen wurden vor allem Dokumente/Informationen zum Solidaritätsbeitrag heruntergeladen (insbes. Gesuchsformular und Wegleitung).

2 Tätigkeitsbericht der beratenden Kommission / Cocosol für die Jahre 2021-2022 (Diskussion und Verabschiedung)

Der Entwurf des Tätigkeitsberichts wurde den Kommissionsmitgliedern zusammen mit der Einladung und Traktandenliste für die heutige Sitzung zugestellt. Er wird kurz diskutiert und mit ein paar wenigen redaktionellen Korrekturen verabschiedet. Der Tätigkeitsbericht soll auf der Website des BJ auf Deutsch und Französisch publiziert werden. Der Präsident dankt dem Kommissionssekretariat für die in diesem Zusammenhang geleisteten Vorarbeiten.

3 Rücktritt Elsbeth Aeschlimann / Gesamterneuerungswahl aller Kommissionsmitglieder durch den Bundesrat für die Amtsperiode 2024-2027

Elsbeth Aeschlimann ist aus persönlichen Gründen per Ende 2022 aus der beratenden Kommission zurückgetreten. Die neue Departementschefin, Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, hat ihre Mitwirkung in der Kommission verdankt. Auch der Präsident spricht ihr

² Siehe www.bj.admin.ch unter Gesellschaft > Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen.

³ Siehe www.bj.admin.ch unter Gesellschaft > Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen > Solidaritätsbeitrag.

⁴ Siehe www.bj.admin.ch unter Gesellschaft > Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen > Politische Aufarbeitung bzw. Wissenschaftliche Aufarbeitung.

an dieser Stelle nochmals seinen Dank und seine Anerkennung für ihr grosses Engagement in der Cocosol zugunsten der Sache der Opfer aus. Die Vakanz wird voraussichtlich erst im Rahmen der anstehenden Gesamterneuerungswahlen wieder besetzt, denn vorher besteht kein zwingender Handlungsbedarf.

Auf Bundesebene haben die Vorbereitungen im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen aller ausserparlamentarischen Kommissionen durch den Bundesrat für die Amtsperiode 2024 bis 2027 bereits zu laufen begonnen. Es stellt sich deshalb die Frage, welche Mitglieder der beratenden Kommission für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stehen werden. Bei einem allfälligen Rücktritt wird um frühzeitige Mitteilung an den Fachbereich FSZM gebeten, damit ausreichend Zeit für die Suche nach Ersatzpersonen zur Verfügung steht. Die Namen der (wieder) zu wählenden Mitglieder müssen ca. im August 2023 bekannt sein. Der Präsident weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es die Aufgabe des Departements bzw. des BJ (nicht der beratenden Kommission) sei, die Mitglieder der neuen Kommission zur Wahl vorzuschlagen. Das BJ sei aber sicher dankbar für Hinweise auf allfällige neue, geeignete Mitglieder.

Der Präsident informiert bei dieser Gelegenheit, dass er nicht mehr für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stehen werde. Ende Jahr sei ein guter Moment, um aufzuhören. Dieser Rücktritt wird von den Anwesenden mit Bedauern zur Kenntnis genommen, insbesondere wegen seines grossen Verdienstes im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen.

Die anstehende Gesamterneuerungswahl werde für die nächste Sitzung erneut traktandiert.

4 Diskussion von Einzelfalldossiers

4.1 Fälle aus der letzten Sitzung

Anlässlich der letzten Sitzung hat die beratende Kommission bei drei Fällen (Brüder) bereits eine Empfehlung zur Abweisung der Gesuche abgegeben. Anschliessend sind beim BJ wider Erwarten doch noch Archivakten eingetroffen. Gestützt darauf bittet der Fachbereich um eine erneute Diskussion der Fälle in der Cocosol. Nach eingehender Diskussion werden die Gesuche mit knapper Mehrheit zur Abweisung empfohlen.

4.2 Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

4.2.1 Der Präsident stellt fest, dass den Kommissionsmitgliedern seit der letzten Sitzung mit der Monatsliste Oktober 2022 total 48 Fälle, mit der Monatsliste November 2022 total 30 Fälle, mit der Monatsliste Dezember 2022 total 3 Fälle und mit der Monatsliste Januar 2023 total 21 Fälle unterbreitet worden seien, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah.

Der Präsident hat bei allen Monatslisten (Ausnahme Dezember 2022) ein paar Fälle stichprobenweise überprüft. Er hat bei insgesamt 9 Fällen noch eine Diskussion anlässlich der heutigen Sitzung gewünscht. Alle Fälle werden nun nach Beratung von der Kommission zur Gutheissung empfohlen.

4.2.2 Von Oktober 2022 bis Januar 2023 seien den Kommissionsmitgliedern im Übrigen keine Fälle unterbreitet worden, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung wegen offensichtlicher Unbegründetheit vorsah.

4.3 Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission 21 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich in 17 Fällen eine Abweisung und in 4 Fällen eine Diskussion als Grenzfall vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission 2 Gesuche gutzuheissen und 19 Gesuche abzuweisen.

5 Valorisierung der Forschungsergebnisse (Orientierung über aktuellen Stand)

Gemäss Art. 15 AFZFG hat das BJ den Auftrag, in Zusammenarbeit mit den Trägern der wissenschaftlichen Aufarbeitung für die Verbreitung und Nutzung (Valorisierung) der Ergebnisse zu sorgen. Mit der Publikation der Gesamtsynthese aus dem NFP 76 kommt im nächsten Jahr insbesondere die wissenschaftliche Aufarbeitung auf Bundesebene zum Abschluss.

Die Vorschläge des BJ zur Valorisierung der Ergebnisse aus der Aufarbeitung wurden am 16. Dezember 2022 vom Gesamtbundesrat zur Kenntnis genommen und im vorgeschlagenen Umfang genehmigt. Damit startet das Projekt in seine Umsetzungsphase. Insgesamt neun Massnahmen (Teilprojekte) sollen bis spätestens Ende 2028 in die Wege gleitet bzw. umgesetzt werden, nachfolgend die drei Kernmassnahmen:

- Schaffung einer Webplattform mit allen wichtigen Grundinformationen zum Thema
- Realisierung einer Wanderausstellung
- Lehrmittel und Weiterbildungsangebote

Im Rahmen dieses Projekts ist für ca. 2027 auch ein Schlussanlass zur Würdigung sämtlicher Leistungen der Aufarbeitung geplant. Vorgesehen ist auch eine Schlusspublikation in gedruckter Form.

Auf der Website des BJ werden demnächst die wichtigsten Projektinformationen und das Summary des Valorisierungskonzepts aufgeschaltet.

6 Selbsthilfeprojekte (Orientierung über aktuellen Stand)

Beim BJ sind aktuell weiterhin zwei Anträge auf Finanzhilfe für ein Selbsthilfeprojekt (gem. Art. 17 Bst. b AFZFG) hängig.

Zum einen für das Caregiversprojekt (Projektträgerschaft: Guido Fluri Stiftung und die Pro Senectute), in welchem über die Kantons Grenzen von Bern hinaus (insbesondere in der Westschweiz und Zürich) ein Netzwerk von «Caregivern» (ausgebildete Betroffene) aufgebaut werden soll. Diese sollen andere Betroffene in verschiedenen Lebenssituationen unterstützen. Zudem soll auch eine Sensibilisierungskampagne in Alters- und Pflegeeinrichtungen das Personal auf die spezielle Thematik «FSZM» aufmerksam machen. Der ursprüngliche Antrag wurde durch die Projektträgerschaft nochmals überarbeitet und neu eingereicht und befindet sich beim BJ aktuell in der Prüfung.

Weiter plant die Association «agir pour la dignité» ein Selbsthilfeprojekt, bei welchem in den nächsten 3 Jahren in der Westschweiz 25 Videoportraits von Betroffenen und eine Online-Plattform entstehen sollen, welche vor allem auch für die Vermittlung der FSZM-Thematik in den Schulen dienen soll. Der ursprüngliche Antrag wurde durch die Projektträgerschaft nochmals überarbeitet und neu eingereicht und befindet sich beim BJ aktuell in der Prüfung.

7 Verschiedenes

Barbara Studer weist darauf hin, dass die Vorbereitungen für das Zeichen der Erinnerung (Zeder) im Kanton Bern gut laufen. Es sei ein vielseitiges Programm in 130 verschiedenen Gemeinden vorgesehen. Der offizielle Start der Veranstaltungen erfolge am 25. Mai 2023 durch Regierungsrätin Christine Häsler im Schloss Köniz.

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission wird am 23. Mai 2023, voraussichtlich ab 10 Uhr, stattfinden.

Der Dank des Präsidenten geht an alle Mitglieder der Kommission und die Mitarbeitenden des Fachbereichs FSZM für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung.

Die Sitzung wird um 15 Uhr geschlossen.



Procès-verbal de la 30^e séance de la commission consultative (Cocosol)

Date : 28 février 2023
Lieu : Office fédéral de la justice, Berne
Heure : de 10h à 15h

N° de dossier : 924-3721/13/3

Présidence :	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
Membres :	Urs Allemann-Caflisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Christian Raetz	Ancien chef du « Bureau cantonal de médiation VD »
	Theresia Rohr	Personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
Excusés :	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Laetitia Bernard	Travailleuse sociale au centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
Ex officio :	Susanne Kuster	Office fédéral de la justice (OFJ) / directrice suppléante et chef du domaine de direction Droit public (uniquement le matin)
	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
	Yves Strub	OFJ / unité MCFA / secrétaire de commission suppléant
Procès-verbal :	Simone Anrig	OFJ / secrétaire de commission



1 Salutations et communications

Le président ouvre la séance à 10h et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Sont également présentes à la séance Susanne Kuster (directrice suppléante de l'OFJ ; uniquement le matin) et Aurora Mentele (apprentie employée de commerce au sein de l'unité MCFA). Guido Fluri et Laetitia Bernard sont excusés. Guido Fluri a pris position par écrit sur les cas à traiter. Le président l'en remercie.

Le procès-verbal de la séance précédente, en date du 22 novembre 2022, a déjà été approuvé.

Les documents relatifs à la séance du jour ont été envoyés aux membres de la commission environ deux semaines et demie plus tôt. Tout le monde les a visiblement reçus à temps.

Susanne Kuster remercie l'assemblée pour l'opportunité qui lui est donnée de participer à la séance. Bien qu'ayant des contacts réguliers avec le chef de l'unité MCFA, elle dit avoir eu envie de se rendre une nouvelle fois compte personnellement du travail de la Cocosol, un travail juridiquement, politiquement et humainement sensible qu'elle qualifie de très important pour l'OFJ. Elle remercie les membres de la commission au nom de l'OFJ pour le temps et l'attention qu'ils consacrent au traitement des demandes de contributions de solidarité. Elle relate que la nouvelle cheffe du DFJP, la conseillère fédérale Elisabeth Baume-Schneider, en fonction depuis le début de l'année, s'est montrée personnellement intéressée par le sujet et a insisté sur l'importance du travail de la Cocosol et d'une attitude bienveillante envers les victimes et les personnes concernées. Susanne Kuster explique que l'OFJ aura l'occasion aux alentours du mois de juin 2023 d'informer la cheffe de département de manière plus approfondie sur les tâches de l'unité MCFA et de voir avec elle comment elle peut s'investir dans la suite du travail de mémoire. Se référant lui aussi au travail de la commission, le président remercie l'unité MCFA pour la préparation des séances, sans laquelle ce travail ne pourrait avoir lieu.

Le président informe l'assemblée que le PNR 76 en est à la phase des travaux finaux. Il précise que trois synthèses thématiques seront rédigées chacune à propos d'éléments spécifiques, la publication de la synthèse globale étant quant à elle prévue pour le printemps 2024. Une manifestation de clôture aura lieu en mai 2024.

Le président mentionne par ailleurs avoir, en tant que représentant de la Confédération au sein du comité de direction du PNR 76, invité les services fédéraux intéressés et tous les autres représentants des autorités à une séance d'information annuelle.

Reto Brand évoque brièvement la décision du Conseil fédéral du 16 décembre 2022 concernant la valorisation des résultats de l'étude scientifique (point 5 de l'ordre du jour). Il signale par ailleurs un changement d'interlocuteur au sein du secrétariat de l'unité MCFA suite à une démission ; le poste sera repourvu à partir de juin 2023.

Simone Anrig expose les statistiques concernant les demandes de contributions de solidarité (état à fin décembre 2022) récemment publiées sur le site de l'OFJ¹.

- L'OFJ a reçu en tout 10 863 demandes entre avril 2017 et fin décembre 2022. 10 273 (94,6 %) ont été approuvées et un montant total de quelque 256,8 millions de francs a été accordé. 340 demandes (3,1 %) ont dû être rejetées (par ex. du fait de l'absence d'atteinte directe et suffisamment grave résultant d'une mesure ou parce que les événements relatés ont eu lieu après 1981). Pour 50 autres demandes, l'OFJ n'a pas pu effectuer d'examen matériel, et ce pour différentes raisons.

¹ Voir www.ofj.admin.ch > Société > Victimes de mesures de coercition > Contribution de solidarité (au bas de la page sous « Documents »).

- Le plus grand nombre de demandes a été déposé par des résidents des cantons de Berne (20,6 %) et Zurich (13,5 %). Les autres cantons représentaient chacun entre 0,2 % et 6,9 % des demandes. 5,3 % des demandes provenaient de l'étranger.
- 29,4 % des demandes ont été déposées par des personnes nées entre 1940 et 1949 ; 27,9 % par des personnes nées entre 1950 et 1959. 21,2 % des personnes concernées étaient âgées, 21,6 % plus jeunes.
- Les témoignages des victimes faisaient surtout état de placements extrafamiliaux pendant l'enfance ou l'adolescence (notamment chez des particuliers, dans des familles paysannes ou dans des foyers). D'autres mesures de coercition ont rarement été rapportées.

Simone Anrig donne par ailleurs une première statistique de l'utilisation des pages Web de l'OFJ consacrées aux MCFA :

- Nombre de consultations dans toutes les langues : quelque 6300 en 2020 (à partir du mois de juillet), quelque 10 800 en 2021 et quelque 10 300 en 2022 (jusqu'en novembre). Des pics ont été enregistrés entre novembre 2020 et février 2021 (lorsque le délai de dépôt des demandes de contributions de solidarité a été supprimé) et entre août et novembre 2022 (lorsque la refonte du site Web a été annoncée).
- Nombre de consultations par langue et par page : le nombre de consultations des pages allemandes est le plus élevé, comme on pouvait s'y attendre, suivi de celui des pages françaises, anglaises et italiennes. Dans toutes les langues, l'accès s'est fait essentiellement par la page d'accueil « Victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance »² ou par la page « Contribution de solidarité ». Cela dit, les nouvelles pages consacrées travail de mémoire politique et à l'étude scientifique ont également suscité de l'intérêt après leur mise en ligne en août 2022³.
- Téléchargement de documents : dans toutes les langues, il y a surtout eu des téléchargements de documents concernant la contribution de solidarité (en particulier le formulaire de demande et le guide explicatif).

2 Rapport d'activité de la Cocosol pour les années 2021 et 2022 (discussion et adoption)

Les membres de la commission ont reçu le projet de rapport d'activité en même temps que l'invitation à la 30^e séance et que l'ordre du jour. Ils adoptent le rapport après une brève discussion et quelques modifications rédactionnelles. Celui-ci sera publié sur les pages Web MCFA en allemand et en français. Le président remercie le secrétariat de la commission pour le travail réalisé en amont.

3 Départ d'Elsbeth Aeschlimann / renouvellement de la Cocosol : nomination de tous les membres par le Conseil fédéral pour la législature 2024 à 2027

Elsbeth Aeschlimann a quitté la commission à la fin 2022 pour des motifs personnels. Elisabeth Baume-Schneider l'a remerciée pour son travail au sein de la commission. Le président, à son tour, lui exprime sa reconnaissance pour son engagement de taille au sein de la Cocosol en faveur des victimes. Elle ne sera vraisemblablement remplacée que lors du renouvellement total de la commission. Il n'y a pas urgence en la matière.

² Voir www.ofj.admin.ch > Société > Victimes de mesures de coercition > Contribution de solidarité.

³ Voir www.ofj.admin.ch > Société > Victimes de mesures de coercition > Travail de mémoire politique et Étude scientifique.

Les préparatifs en vue du renouvellement de toutes les commissions extraparlimentaires par le Conseil fédéral pour la législature 2024 à 2027 ont déjà commencé à l'échelon fédéral. Il importe donc de savoir quels membres de la Cocosol se représenteront pour la prochaine législature. Les membres qui souhaitent se retirer sont priés d'avertir suffisamment tôt l'unité MCFA afin qu'il reste assez de temps pour trouver des remplaçants. Les noms des personnes qui se (re)présentent devront être connus d'ici le mois d'août 2023 environ. Le président énonce qu'il appartient au DFJP, ou plus précisément à l'OFJ (et non à la Cocosol) de proposer des membres pour la commission nouvellement constituée. Cela dit, l'OFJ sera reconnaissant qu'on lui propose de potentiels nouveaux membres.

À ce propos, le président communique à la Cocosol qu'il ne se représentera pas pour une nouvelle législature. Il considère la fin de l'année comme un bon moment pour s'arrêter. Les membres présents prennent acte à regret de sa décision, vu son immense investissement dans le travail de mémoire sur les MCFA.

Le renouvellement de la commission sera remis à l'ordre du jour de la prochaine séance.

4 Discussion des dossiers individuels

4.1 Cas abordés lors de la séance précédente

Lors de la séance précédente, la Cocosol a recommandé le rejet des demandes de trois frères. Puis, contre toute attente, l'OFJ a reçu des documents d'archives, sur la base desquels l'unité MCFA resoumet les cas en question à la Cocosol. À l'issue de la discussion, la commission recommande à une courte majorité de rejeter ces demandes.

4.2 Cas traités par voie de circulaire (listes mensuelles)

4.2.1 Le président détaille le nombre de cas dans lesquels l'unité MCFA prévoyait une décision positive qui ont été soumis aux membres de la commission depuis la séance précédente : 48 par le biais de la liste mensuelle d'octobre 2022, 30 par le biais de celle de novembre 2022, 3 par le biais de celle de décembre 2022 et 21 par le biais de celle de janvier 2023.

Le président a contrôlé par échantillonnage quelques cas de toutes les listes mensuelles (sauf celle de décembre 2022). Il a souhaité une discussion à l'occasion de la séance pour 9 d'entre eux. Après en avoir débattu, la commission recommande d'approuver toutes ces demandes.

4.2.2 D'octobre 2022 à janvier 2023, l'unité MCFA n'a soumis aucune demande aux membres de la commission qu'elle envisageait de rejeter du fait qu'elles étaient manifestement infondées.

4.3 Nouveaux cas

Pour la séance du jour, l'unité MCFA a soumis 21 nouveaux cas à la Cocosol, dont 17 qu'elle envisage de rejeter et 4 qu'elle perçoit comme des cas-limites. Après avoir discuté de chaque cas de manière approfondie, la Cocosol recommande d'approuver 2 demandes et d'en rejeter 19.

5 Valorisation des résultats de la recherche (situation actuelle)

Conformément à l'art. 15 LMCFA, l'OFJ a la charge, en collaboration avec les organismes responsables de l'étude scientifique, de veiller à la diffusion et à l'utilisation des résultats de

l'étude (valorisation). La publication de la synthèse globale du PNR 76 en 2024 marquera la fin de l'étude menée à l'échelon fédéral.

Le 16 décembre 2022, le Conseil fédéral a pris acte des propositions de valorisation de l'OFJ et les a approuvées dans leur totalité. C'est ainsi que débute la phase de mise en œuvre de la valorisation. D'ici la fin 2028 au plus tard, neuf mesures devront avoir été engagées voire mises en œuvre. Les trois principales sont les suivantes :

- mise en place d'une plateforme Web comportant toutes les informations importantes sur le sujet des MCFA ;
- réalisation d'une exposition itinérante ;
- matériel pédagogique et offres de formation continue.

Le projet de valorisation prévoit également aux environs de 2027 une manifestation de clôture destinée à célébrer l'ensemble du travail de mémoire effectué. Une publication finale sous forme imprimée est aussi prévue.

Les principales informations relatives au projet et le résumé de sa charte seront publiés prochainement sur le site Internet de l'OFJ.

6 Projets d'entraide (situation actuelle)

Deux demandes d'aide financière pour des projets d'entraide (art. 17, let. b, LMCFA) sont actuellement pendantes.

La première vise le projet Caregivers (porté par la Fondation Guido Fluri et Pro Senectute), dont le but est de constituer un réseau d'aidants dûment formés à partir de personnes concernées s'étendant au-delà des frontières bernoises, et en particulier à la Suisse romande et à Zurich. Ces aidants pourront soutenir d'autres personnes concernées dans différentes situations. Une campagne de sensibilisation menée dans des établissements pour personnes âgées et des établissements de soins permettra en outre de rendre le personnel attentif à la problématique des MCFA. Les protagonistes du projet ont retravaillé leur demande avant de la renvoyer à l'OFJ, qui l'examine actuellement.

L'association « Agir pour la dignité » prépare un projet d'entraide, dans lequel 25 portraits vidéo de personnes concernées et une plateforme Web verront le jour, dans le but essentiellement de faire connaître la problématique des MCFA dans les écoles. Là aussi, les protagonistes du projet ont retravaillé leur demande avant de la renvoyer à l'OFJ, qui l'examine actuellement.

7 Varia

Barbara Studer indique que les préparatifs en vue du projet « Zeichen der Erinnerung (Zeder) » du canton de Berne sont en bonne voie. Un programme varié est prévu dans 130 communes. Christine Häslar, membre du Conseil-exécutif assurera le lancement officiel du projet le 25 mai 2023 au château de Köniz.

La prochaine séance de la commission aura lieu le 23 mai 2023, sans doute à partir de 10h.

Le président remercie tous les membres de la commission et collaborateurs de l'unité MCFA pour leur participation active et constructive à la séance du jour.

La séance prend fin à 15h.